

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährig . . . . . 96.-  
jährlich . . . . . 192.-

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
zahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

## Widerruf zweier Zeugen im Prozeß Major.

Mit Gewalt zu falschen Aussagen gezwungen?

Prag, 3. Juli. Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Prozeß gegen den Abgeordneten Major beantragte der Verteidiger Dr. Clementis, auch den Sohn des Obergerichtsrates Terebessy, den Universitätslehrer Johann Terebessy, als Zeuge über die kassierten Ereignisse einzuberufen. Das Gericht entsprach diesem Antrag. Die beiden nächsten Zeugen, Josef Kolarik und Josef Uhrovnik, widersprachen ihren früheren vor den Gendarmen und dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen und behaupten, mit Gewalt zu diesen Aussagen gezwungen worden zu sein. Vor 12 Uhr wurde mit dem Verhör Johann Terebessy's begonnen, der entgegen der Anklage aussagt und sagt, die von Major selbst angegebenen Umstände in Abrede stellt. Das Gericht beschloß, nachmittags den Zeugen mit dem Gendarmen-Oberleutnant Janosik zu konfrontieren. Sodann wurde die Verhandlung bis 16 Uhr abends unterbrochen.

Die Nachmittagsverhandlung begann mit einer Konfrontierung des Zeugen Terebessy mit dem Gendarmenoberleutnant Janosik. Da aber beide auf ihren Aussagen beharrten, war ihre Konfrontierung ergebnislos. Die Verteidigung verlangte darauf die Beweidung des Zeugen, wogegen sich der Prokurator aussprach, da die Behauptungen des Zeugen unwahr seien. Der Prokurator behauptet sich das Recht der Strafverfolgung des Zeugen vor, da er sich durch seine Teilnahme an den Demonstrationen eine strafbare Handlung zuschulden kommen ließ. Das Gericht beschloß noch einer kurzen Beratung, den Zeugen nicht zu beweidigen. Es folgten dann die Aussagen des Zeugen Ludwig Kogner und Ludwig Prokop. Beide sagten im Sinne der Anklage aus. Der Zeuge Vincenz Prokop wird über die Anwesenheit der kommunistischen Versammlung in Miskalet am 24. Mai und der Kolon Laurencius Turna über den Umstand der kommunistischen Versammlung am 24. Mai in Vokla Rede verhört. Nach der Einberufung des Sekretärs der kommunistischen Partei, Sambar Weis, wurde die Verhandlung um halb 8 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen um 9 Uhr früh fortgesetzt.

## Die krawallierenden Patentkrenz-Akademiker.

Preussisches Ministerium fordert energisches Einschreiten.

Berlin, 3. Juli. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Die Vorfälle der letzten Tage an der Berliner Universität, die keine vereinzelten Sonderaktionen darstellen, sondern deutlich erkennbar auf ein planmäßiges Vorgehen der beiden radikalen Flügel der Studentenschaft hindeuten, — auch der verabschämungswürdigen Vorkfall in Kiel, paßt in diese Ergebnisse einer systematischen Verberbung gewisser Teile der Studentenschaft hinein — haben den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grunze, veranlaßt, die akademischen Behörden erneut zu energischem und raschem disziplinarischem Einschreiten gegen die ruhestörenden Elemente an den Hochschulen aufzurufen. — Es dürfte der weiteren Öffentlichkeit nicht bekannt sein, daß nach dem geltenden Disziplinargesetz für die Universitäten vom 29. Mai 1879 die Disziplinalgewalt ausschließlich in den Händen der akademischen Behörden liegt.

## Das englische Notgeheß über die Kohlenbergwerke.

London, 3. Juli. Vor Schluß der gestrigen Unterhandlung kündigte MacDonald in später Abendstunden an, daß das Notgeheß über die Kohlenbergwerke heute formell eingebracht und am Montag erledigt werden würde. Dieser Schritt der Regierung ist notwendig geworden, nachdem die Kohlenverhandlungen zwischen Recheneigentümern und Bergleuten ergebnislos geblieben sind. Das Gesetz sieht, wie „Daily Herald“ bestätigt, die Fortdauer des sieben- bis halbtägigen Arbeitstages für die Zeit von 12 Monaten bezw. bis zur Ratifizierung der Genfer Kohlenkonvention sowie die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne vor.

## Nach der Einigung

erst noch weitere Besprechungen der Finanzfachverständigen.

Washington, 3. Juli. (Wolff.) Unterstaatssekretär Castle erklärte in der heutigen Presskonferenz, er hoffe, noch heute abends die Verständigung mit Frankreich in allen bisher strittigen Punkten mitteilen zu können. Auch in der Frage des Garantiefonds scheint Frankreich nachzugeben und auf die Einzahlung dieses Betrages durch Deutschland zu verzichten.

Darnach müssen in technischen Besprechungen der Finanzfachverständigen der beteiligten europäischen Länder die Einzelheiten ausgearbeitet werden und Amerika hoffe, daß diese Besprechungen in verständlichem Geist erfolgen und ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen. Diese Einstellung sei ebenso wichtig wie die sachliche Einigung. Amerika werde sich an diesen rein technischen Besprechungen voraussichtlich nur in sehr geringem Umfange beteiligen, da es sich vorwiegend um die Anpassung des Youngplanes an die einjährige in diesem Monat beginnende Zahlungspause handle.

## Auf Kosten der anderen Reparationsgläubiger?

Paris, 3. Juli. Ueber den Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen gibt die Agence Havas folgenden offiziellen Bericht aus:

Die beiden im Innenministerium stattfindenden französisch-amerikanischen Verhandlungen werden möglicherweise heute nachts zu einer grundsätzlichen Entscheidung führen, worauf der von Washington zum Ausdruck gebrachte und in Paris allgemein geteilte Optimismus hindeutet.

Es scheint, daß ein Kompromiß über den Garantiefonds von 500 Millionen Mark gefunden wurde, die Frankreich in dem Maße ersetzen soll, daß Deutschland im Jahre 1932 um ein Moratorium im Sinne des Young-Planes ansuchen würde. Die französischen und amerikanischen Unterhändler seien zu einem Einvernehmen über das Vorgehen gelangt, wonach Frankreich vor dieser Zahlung geschützt wäre.

Ein solches Einvernehmen erfordert aber auch ein Abkommen mit den übrigen an den Reparationen interessierten Mächten, vor allem mit Großbritannien. In dieser Richtung allerdings ist die Erklärung, welche der englische Schatzkanzler Snowden heute nachmittags im Unterhause abgab, bei weitem nicht ermutigend.

Nichtbestimmte scheinen die letzten Hin-

derisse, auf welche die Unterhändler fragen, nicht unüberwindbar zu sein.

Schatzkanzler Snowden hatte u. a. erklärt, daß die Regierung, das Unterhaus und das ganze britische Volk bereit seien, die Opfer zu tragen, denen sie bereits zugestimmt haben, daß sie jedoch keine weiteren Opfer bringen könnten, wenn die übrigen Parteien, an die die Aufforderung Hoovers gerichtet war, nicht bereit wären, an diesen Opfern mitteilzunehmen.

## Die Kammer geschlossen.

Paris, 3. Juli. Die Havas berichtet, hat um 21 Uhr 30 im Innenministerium die angekündigte französisch-amerikanische Besprechung begonnen. Kurz nach Beginn der Besprechung begab sich Ministerpräsident Laval in die Kammer, um dort das Dekret zur Schließung der Parlamentssession zu verlesen. Als er das Innenministerium verließ, erklärte der Ministerpräsident den Journalisten, daß morgen nachmittags um 16 Uhr vermutlich ein Ministerrat zusammentreten werde und daß die Verhandlungen mit den Amerikanern, die während seiner Abwesenheit weitergingen, günstig zu verlaufen scheinen.

## Das ungarische Wahlergebnis.

184 Regierungs- und 32 oppositionelle Mandate, darunter 14 Sozialdemokraten

Budapest, 3. Juli. (WZ.) Heute wurde die Zählung der bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen auch in den letzten hauptstädtischen Wahlbezirken mit geheimem Stimmwahl beendet. Das Ergebnis der Wahlen im ganzen Lande ist folgendes:

Die regierungsfreundlichen Parteien erhielten zusammen 177 Mandate; hiervon entfallen auf die unter Führung des Grafen Bethlen stehende Einheitspartei 143, auf die die Regierung unterstützende und in der Regierung durch den Präsidenten Erzstyt vertretene christlichsoziale Wirtschaftspartei 28 Mandate. In 17 Bezirken finden Stichwahlen statt. Hieron stehen in sieben Bezirken bloß regierungsfreundliche Kandidaten einander gegenüber, womit sich die Zahl der Regierungsfreundlichen zusammen auf 184 Mandate erhöht, da bei diesen sieben Stichwahlen in vier Fällen einander bloß Kandidaten der Einheitspartei gegenüberstehen, erhöht sich die Zahl der Mandate der Einheitspartei auf 153.

## Deutschlands Flottenrüstung

von Frankreich übertrieben dargestellt.

Berlin, 3. Juli. (Conti-Büro.) Bei den französischen Kammerverhandlungen über den Flottenhaushalt sind über den Stand der deutschen Flottenrüstung sowohl vom französischen Marineminister wie auch vom Berichterstatter Behauptungen aufgestellt worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Der Minister erklärte, Deutschland habe die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt und das ihm zugesandene Flottenbauprogramm um 25 Prozent überschritten. Er sprach weiter davon, daß Deutschland acht kleine Kreuzer, 25 Zerstörer und 25 Torpedoboote besitze. In unterrichteten Kreisen des Reichswehrministeriums ist man der Ansicht, daß der französische Minister den deutschen Flottenbauplan, der auch im Reichstage verhandelt worden ist, genau kennt. Es bleibt daher völlig unerfindlich, wie er zu seinen Behauptungen kommt. Der Versailler Vertrag gestattet Deutschland nur 6 Panzerschiffe, 6 Kreuzer, 12

Zerstörer und 12 Torpedoboote zu. Außerdem dürfen zwei alte Panzerschiffe, zwei alte Kreuzer, vier Zerstörer und vier Torpedoboote als Ersatz unterhalten werden. Da das deutsche Flottenbauprogramm 4 Panzerschiffe, 4 Kreuzer, 9 Zerstörer und 10 Torpedoboote vorsieht, erreicht es noch nicht einmal die ihm im Versailler Vertrag zugestandene Flottenstärke. Die Behauptung von einer 25prozentigen Überschreitung des Versailler Vertrages kann nur als eine Entstellung bezeichnet werden.

## Der latente Kriegszustand in China.

Kanton, 3. Juli. (Reuters.) 5000 Soldaten, die die Vorhut der Strafexpedition Tschangkaifschels bilden, haben die Grenze von Kwantung erreicht und erwarten dort die Ankunft der Kerntruppen seiner Armee, die in die Kwantung Provinz einfallen wollen, wo sich jetzt der Hauptstoß der gegen die Kuangting Regierung auftretenden Aufständischen befindet.

## „Koalitionskrise“.

Früher als in jeder vorhergegangenen Koalition und stärker als jemals in der kurzen Geschichte des Prager Parlamentarismus zeigten sich in der gegenwärtigen Koalition jene Krisenerscheinungen, die eben jetzt wieder zu ersten Konflikten und in eine Situation geführt haben, in der ein Bruch stündlich zu erwarten, die Ernennung einer nichtparlamentarischen Regierung zu gewärtigen war. Das ist natürlich kein Zufall. Keine Koalition seit Gründung dieses Staates hat in sich stärkere Gegensätze zu überwinden gehabt als die jetzige. Die allnationalen Koalitionen waren zusammengehalten durch die vermeintlichen und tatsächlichen gemeinsamen Aufgaben und Interessen der tschechischen Parteien in der ersten Phase des neuen Staates. Immer wieder hat die nationale und Staatsideologie die Risse zu überkleistern geholfen, stets hat der allnationale Gedanke den Klassengegensatz überbrückt, bis sich die Politik der allnationalen Koalition tolgelassen hatte und die Klassengegensätze die Einheitsfront zerbrachen. Im Bürgerblut hat es tiefgreifende Gegensätze nicht gegeben. Er basierte auf der Klassenolidarität der Bourgeoisie. Erst als die Agrarier den Boden überspannten und die Merkanten völlig an die Wand drängten, als die nahende Krise ein Weiterwahrsten gefährlich erscheinen ließ und der Ansturm der sozialistischen Opposition der Regierung immer bedrohlicher wurde, trat auch diese Koalition ab, freilich ohne sich völlig aufzulösen.

Die „große Koalition“ vom Dezember 1929 vereint bürgerliche und sozialistische Parteien, Agrarier, Sozialdemokraten, Vertreter der Industrie und des Finanzkapitals, Merkanten und Künstler, tschechische Nationalisten und Deutsche in einem Block. Sie hatte von allem Anfang mehr Reibungsflächen als je eine vor ihr, in ihr klasten tiefere Gegensätze und nur die Notwendigkeit, der allen drohenden Krise zu steuern, und ferner die Unmöglichkeit, eine rein bürgerliche Regierung, von einiger Lebensdauer überhaupt bilden zu können, hielten die auseinanderstrebenden Teile zusammen.

Der die Koalition beherrschende Gegensatz war dabei immer der zwischen Agrariern und Sozialdemokraten. Auch die letzten Zusammenstöße gingen auf diesen Gegensatz zurück und schließlich wird wohl über kurz oder lang auch diese Koalition an ihm scheitern. Das mußte keineswegs so sein. Es ist immer wieder darauf verwiesen worden, daß die „russische Koalition“ für die Tschechoslowakei die organische Verbindung der wesentlichsten sozialen Elemente des Staates, der Arbeiter und der Bauern, und damit die sicherste Basis jeder Koalitionsregierung sei. Und wenn die agrarischen Parteien in diesem Staate nichts anderes vertreten wollten, als die Interessen der Arbeitsbauern, die volkswirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft, dann sollte die Zusammenarbeit an der Sozialdemokratie nicht scheitern. Gerade die Wirtschaftskrise, die Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen trifft, könnte, so sollte man meinen, die grüne und die rote Front zu gemeinsamen Aufgaben zusammenschließen. Die Sozialdemokratie ist sich immer darüber im klaren gewesen, daß es nicht im Interesse der Arbeiterschaft ist, die Landwirtschaft zu opfern, sie hat stets auf die kleinen und die Arbeitsbauern Rücksicht genommen, die Forderungen der kleinen Landwirte, die zum großen Teil ihre Wähler sind, zu ihren eigenen gemacht. Aber die Sozialdemokratie kann auch nicht dulden, daß die Landwirtschaft auf Kosten der Industriearbeiter saniert wird.

Was immer die Agrarier zum Schutze der Landwirtschaft gefordert haben — die Sozialdemokratie hat es niemals einfach abgelehnt, sie hat es immer auf seine Brauchbarkeit, auf seine Tragbarkeit geprüft. Die sozialdemokratischen Parteien waren jederzeit bereit, den Landwirten einen sicheren Preis für ihre Produkte und darüber hinaus jeden

Schutz zu gewähren, der eben nicht mehr bedeutet, als den Schutz des arbeitenden Bauern und der Wirtschaft. Aber die Sozialdemokratie konnte und kann nicht dulden, daß die Arbeiterschaft mit Abgaben belastet werde, die in die Taschen des großen Grundbesitzes fließen. Die Sozialdemokratie konnte nicht dulden und wird es nicht dulden, daß die Volkswirtschaft und der Staatshaushalt auf Kosten der breiten Massen über die Krise gesteuert werden. Die Sozialdemokratie konnte und kann nicht darauf verzichten, daß auch den proletarischen Opfern der Krise von Staats und Gesellschaft wegen die Hilfe gewährt wird, die von den Agrariern für die Landwirte beansprucht wird.

Es muß immer wieder ausgesprochen werden, daß die Konflikte zwischen Agrariern und Sozialdemokraten ihren Ursprung nicht in der mangelnden Hilfsbereitschaft der Sozialdemokraten für die Landwirtschaft haben. Die Koalitionskrisen sind stets dann entstanden, wenn die Agrarier sich für großkapitalistische oder rein parteipolitische Machtforderungen eingesetzt haben. Den Getreidepreis in der Krise so hoch zu halten, daß die Bauern nicht in ihrer Existenz bedroht sind, damit waren wir einverstanden; aber zugleich die Möglichkeit offen zu lassen, in der Konjunktur den Brotpreis in die Höhe zu treiben — dazu waren wir nicht zu haben. Den Landwirten Kredite und Subventionen für Meliorationen zu verschaffen, dagegen haben wir uns nicht gewehrt — aber auf Kosten der Arbeiter Fonds für die Großagrarien zu schaffen, das stieß auf unseren Widerstand. Die Forderungen der Agrarier dienen eben in den seltensten Fällen den Interessen der kleinen Landwirte. Weit öfter sehen die Agrarier ihre parteipolitische Macht für andere Faktoren ein. Um dem Spiritusartikeln zu höheren Profitten zu verhelfen, forderten sie ein ganz unmögliches Benzinmischungs-gesetz. Um den Nationaldemokraten die städtischen Wähler abzugeben, setzten sie sich mit Plan für den Abbau des Mieterschutzes ein, obwohl die Bauern daran desinteressiert sind, ja die Erhöhung der Mieten die Kaufkraft der Bevölkerung mindert und die Landwirte schädigt. In der Krise das Militärbudget zu erhöhen — darin konnten wir keine Hilfsmittel für die Landwirtschaft erblicken. Die Besitzenden vor Steuerzuschlägen zu bewahren, aber den Armen durch neue Zölle den Profit höher zu hängen — das erschien uns nie als eine häuerliche, sondern immer als eine großagrarische, kapitalistische Politik, der wir den schärfsten Widerstand entgegensetzten. Die Sabotage der Handelsvertragsverhandlungen, nicht aus einem Lebensinteresse der Landwirtschaft heraus, sondern aus reiner Prestige- und Machtpolitik, das mußte uns zu schärfstem Kampf auf den Plan rufen.

Die tschechische Agrarpartei — die deutsche ist ja leider ihr willkürlicher Anhangsel — ist nicht einfach eine Bauernpartei, sie ist auch die Partei der großen Kartelle, großer Banken, der Restgutbarone, der hohen Bürokratie

und mächtiger städtisch-bourgeoiser Kreise. Die tschechische Agrarpartei ist die mächtigste Partei der Bourgeoisie schlechthin. Mit dieser Partei in Frieden zu leben, ist eine auf die Dauer schwer lösbare Aufgabe. Darum kann

### Die Eisenbahner fagen.

Heute und die folgenden Tage sind in Brünn die Delegierten des Verbandes der Eisenbahner in der Tschechoslowakischen Republik versammelt, um Rückschau zu halten über die Arbeit, die seit dem letzten Verbandstag vor drei Jahren im Interesse des Eisenbahnerproletariats geleistet wurde und um all die Existenzfragen zu beraten, die an die Eisenbahner in der nächsten Zeit herantreten werden.

Unsere Gewerkschaften leiden alle unter der außerordentlichen Krise der Wirtschaft, die bereits mehr als zwei Jahre auf uns lastet und auch auf die Eisenbahner sind die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben. Die verminderte Produktion und der eingeschränkte Konsum haben einen Rückgang des Eisenbahnverkehrs mit sich gebracht, die tschechoslowakischen Eisenbahnen haben im Jahre 1930 einen Einnahmeverlust von 600 Millionen Kč zu verzeichnen. Das Bestreben nach der Herabsetzung der Ausgaben hat zu Entlassungen geführt, denen der Verband mit aller Kraft entgegenwirkte. Um so beachtenswerter ist es, wenn es trotz der Wirtschaftskrise gelungen ist, für das Eisenbahnerpersonal Erfolge zu erzielen, wenn nicht mit Angriffen abgewehrt, sondern auch Fortschritte gemacht werden konnten.

Diese Fortschritte sind weder dem gegenwärtigen Eisenbahnminister noch der hohen Bürokratie dieses Ministeriums zu danken. Seit 1926 befindet sich das Eisenbahnministerium in den Händen der Gewerkschaften, deren Vertreter jede Weisung vermissen lassen und die höheren Eisenbahnbeamten lassen es an Verständnis für die Lebensinteressen des unter so großer Verantwortung und Gefahr arbeitenden Personals fehlen. Es waren lediglich die geänderten Mehrheitsverhältnisse im Parlament, der Erfolg der Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1929, die Hartnäckigkeit, mit der die sozialistischen Parteien die Interessen der Eisenbahner vertreten haben, die trotz der Wirtschaftskrise zu einer Verbesserung der Lage des Eisenbahnerpersonals geführt haben. Obwohl die Bürgerblockregierung in einer Zeit der wirtschaftlichen Konjunktur und großer Steuererhöhungen am Ruder gewesen ist, hat sie beispielsweise die Gleichstellung der Altpensionisten nicht durchgeführt und dies der jetzigen Regierung überlassen, die unter weit ungünstigeren Verhältnissen den Staat verwalte. Mit Recht bemerkt der Bericht, den der Verband über seine Tätigkeit 1928—1930 ausgibt:

Erst die Sozialdemokraten mußten durch ihren Eintritt in die Regierungskoalition unter ungünstigen wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Verhältnissen die Erfüllung der Forderung der Altpensionisten bewirken und sie haben es in verhältnismäßig kurzer Zeit geschafft. Wenn dies auch nicht mit einem Schloge vollständig möglich war, so kann doch mit Genehmigung verlangt werden, daß die Beilegung dieses alten Unrechtes in die Wege geleitet worden ist. Den Altpensionisten, wie überhaupt allen Pensionisten und aktiven Bediensteten möge dieser lange Leidensweg und die geschilderten Vorgänge

die Koalition mit ihr nur von Krise zu Krise leben. Darum muß in allen Fragen nicht der Gegensatz von Arbeitern und Bauern, der sich auf ein Minimum beschränken läßt, sondern der zwischen Arbeit und Kapital im Konflikt zwischen Not und Grün aufbrechen.

eine eindringliche Lehre für ihr künftiges organisatorisches und politisches Verhalten sein.

Ebenso ist es das Verdienst der bestehenden Mehrheit in einer Zeit, da in einer Reihe von Staaten — Deutschland, Oesterreich, Polen — die Einkünfte der Staatsangestellten herabgesetzt werden, durch das Gesetz über die Weihnachtshilfe das Einkommen der Staatsangestellten und damit auch der Eisenbahner vermehrt zu haben. Die Forderung nach dem vollen dreizehnten Monatsgehalt konnte zwar nicht erfüllt werden, aber es wurde das durchgesetzt, was, wie der Bericht dies kurz und treffend ausdrückt, „was bei den gegebenen Umständen äußerst schlechten wirtschaftlichen, finanziellen und machtpolitischen Verhältnissen durchzusetzen möglich war“.

Die enge Zusammenarbeit des Verbandes der Eisenbahner mit der Sozialdemokratie hat also greifbare Resultate gebohrt und jeder Eisenbahner kann daran die Notwendigkeit einer starken sozialdemokratischen Partei erkennen, mit der das Geschick jedes Proletariats in diesem Lande auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Es ist erfreulich, daß der Bericht des Verbandes dies vollkommen anerkennt und nachdrücklich hervorhebt:

Wir sind überzeugt, wären die beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien, deutsche und tschechische Sozialdemokraten, auf Grund ihres Stimmwachses bei den letzten Parlamentswahlen Ende 1929 sozusagen nicht zufällig im letzten Drittel unserer Verbandsberichtsperiode mit an der Regierung des Staates beteiligt gewesen und hätten sie nicht innerhalb derselben einen gewissen direkten Einfluß ausüben können, so wären die Forderungen der Organisationen um den Altpensionistenausgleich, den 18 Monatsgehalt (jetzt Weihnachtshilfe) und die Weihnachtshilfen (benannt besondere Belohnungen) an Ständige und Vertragsarbeiter bei den bestehenden Wirtschafts- und finanzpolitischen Verhältnissen bestimmt nicht erfüllt worden. Alle Altpensionisten und Pensionistinnen, Eisenbahnenbediensteten und Arbeiter sowie alle Staatsangestellten sollen wissen, daß ihre berechtigten Forderungen innerhalb der Regierung von den sozialistischen Ministern, besonders von den Ministern Dr. Czech und Dr. Neřwaj, auf das tatkräftigste unterstützt und gefördert wurden und daß sie ihnen mit zum Durchbruch verholfen haben. Daraus folgt aber auch für die Pensionisten, Pensionistinnen, Eisenbahnenbediensteten und Arbeiter sowie für die Staats- und öffentlichen Angestellten im allgemeinen, die eindringliche Lehre und Pflicht, den politischen Vorgängen behändig ein wachsames Auge zuzuwenden, nebst der Stärkung und Festigung ihrer freigewerkschaftlichen Organisationen auch mitzuhelfen, die politische Organisation der sozialdemokratischen Partei als der einzig wahren Verfechterin ihrer Interessen unablässig zu stärken und folgerichtig diese Partei zu einem entscheidenden Faktor sowohl in der Gesetzgebung des Staates als auch in der Verwaltung der Länder, Bezirke und Gemeinden zu gestalten. Erst dann werden sie in allen diesen öffentlichen Verhältnissen die sichere Gewähr dafür haben, daß

### Ueber die Arbeitslosigkeit

wird in Genf erfolglos beraten.

Genf, 3. Juli. (Wolff.) Die Beratungen des Sonderkomitees des europäischen Ausschusses für Arbeitslosigkeit sind heute nach zweitägiger Dauer zu Ende gegangen, ohne einen wesentlichen Erfolg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu bringen. Die Entschlüsse, die das Komitee gefaßt hat, umfassen nämlich derart weitgestreckte Ziele, daß mit deren Verwirklichung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Zunächst müssen diese Entschlüsse der Vollversammlung des Europa-Ausschusses, die erst im September tagt, vorgelegt werden und dem Europa-Ausschuß seinerseits muß noch an den Völkerbund herangetreten, so daß eine Beschlußfassung frühestens im Herbst erfolgen könnte. In den Verhandlungen des Komitees wurde von den Instanzen des Völkerbundes, die sich mit der Arbeitslosigkeit beschäftigen, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf finanz- und kreditpolitischem Gebiet hervorgehoben.

volles Verständnis für ihre Erfordernisse abzuwarten.

Diese Erkenntnis spricht nicht nur für eine bedeutende Reise der Vertrauensmänner des Verbandes, sondern auch für ihre ideale Verbundenheit mit der Sozialdemokratie, was übrigens auch in der prinzipiell sozialistischen Bildungsbildung zum Ausdruck kommt.

Neben der Arbeit in den gesegneten Körperschaften wurde auch Einfluß auf die Eisenbahnverwaltung in unzähligen Angelegenheiten des Personals — hervorzuheben seien die Bemühungen um Abmilderung der Sprachprüfungen, die Frage der Qualifikation, die Verhältnisse der Vertragsarbeiter, die Rekrutierung u. a. — genommen und in mehr als zehntausend Fällen wurde Rechtsschutz gewährt, in den sozialen Fürsorgeeinrichtungen der Eisenbahner — Krankenkassa, Unfallversicherung, Pensionsversorgung — und selbstverständlich auch in der Personalvertretung bei den tschechoslowakischen Staatsbahnen wurden die Interessen der Eisenbahner mit allem Nachdruck vertreten. Das wird auch in den Kreisen des Eisenbahnerpersonals eingesehen, die Werbetauf des Verbandes ist ungebrochen, die Zahl der Mitglieder ist in den drei Berichtsjahren von 16.835 auf 17.306 gestiegen. Für die innere Konsolidierung des Verbandes spricht, daß die Einnahmen in den letzten drei Jahren nahezu 7,5 Millionen, die Ausgaben über 5,5 Millionen Kč betragen haben und der Verband mit samt den Ortsgruppen ein Vermögen von mehr als 6 Millionen Kč hat.

Der uns vorliegende Bericht, dem wir diese Angaben entnehmen und der mit dem Bilde des um die Eisenbahner hochverdienten 1929 verstorbenen Josef Schiller geschmückt ist, gibt einen starken Eindruck der vielfältigen Arbeit, welche die Funktionäre des Verbandes geleistet haben. Sie haben es getan in enger Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei und wir freuen uns feststellen zu können, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner unserer Eisenbahnerorganisation zu den verlässlichsten und treuesten Funktionären unserer Partei gehören. Dagegen begrüßen wir die in Brünn versammelten Delegierten dieser gewerkschaftlichen Tagung mit dem schönen Gruß, mit dem sich Parteigenossen begrüßen, mit einem frohen und innigen: Freundschaft!

### Pfeile aus dem Jenseits.

Von Hans-Herbert Varien.

Copyright Greiner & Co., Berlin NW. 6.

„Herunter mit dem Kerl!“ brüllte ich den Zergeranten Tresslow an, der noch am Ziel stand. Tresslow rührte sich nicht. Sein Gesicht war von Haß gerötet. Am Tage vorher hatte er seinen besten Freund aus dem Tschungel geholt. Aber wo! Erhängt!

„Herunter!“ Tresslow ballte die Faust und wandte sich ab.

„Reicht das Ungeschick, Tresslow? Wollen Sie vom Arztesgericht aus hängen?“ schrie ich und packte Tresslow an den Schultern. Tresslow judste am ganzen Körper. Er hatte nicht die Kraft, seine Rache anzugeben. Er harrete mich an, wie seinen grimmigsten Feind. Zornig schlug er die Hände vor die Augen und wandte sich ab.

„Ja, wandte mich an die anderen Leute. In meinem Gesicht zuckte eine Muskel. Es waren Gesichter aus Stein. Aber der Haß hatte seinen Meißel in alle geschlagen. Keiner blickte mich an. Alle sahen zu Boden.

„Es ist ein Kind, Leute! Ihr seid keine Rindbesenwinder!“ Verlegenheit kam in ihre Gesichter. Einzeln blickten auf den jungen Burschen. Aber Mitleid kam in kein Gesicht.

Da ließ ich den Burschen selbst herunter. Ich glaubte er sei schon tot. Seine Junge hing verquollen heraus und sein Gesicht hatte ein braunschwarze Farbe angenommen. Es war eine seltsame Idee von mir, diesen Burschen zu retten. Ich weiß wirklich nicht, welcher Sotan mich damals ritt! Aber das Ende vom Liede war, daß ich den Burschen durch Frottieren und Armmassage und Gymnastik wieder zu sich brachte. Keiner der Leute rührte ne hilfreiche Hand.

Tresslow war in den Busch gegangen und die Leute standen wie Statuen um mich herum. Das eine war sicher, sie begriffen mich nicht. Wie konnte ausgerechnet ich so handeln, das war ihnen ein Rätsel, und ihr schwerfälliges Gehirn konnte das so schnell nicht verarbeiten. Sie starrten mir nach, als ob ich krank sei, als ob den Bengel auf meinen Gaul legte und davon ritt.

Ich habe Tresslow und seine Leute nie gemeldet. Es fehlte aber auch an anderen Worten, nicht einer beim Dienst. Sie hatten keine Furcht. Sie konnten nicht verstehen, daß ich mit normalen Sinnen gehandelt hatte. Ich war krank gewesen. Das war alles. Vielleicht ein Fieberanfall. Heute würde ich ihnen den Burschen gewiß selbst zum Hängen.

Ich gab ihnen den Burschen nicht, sondern behielt ihn bei mir. Ein Plan war in meinem Gehirn entstanden. Ein Plan, der von Tag zu Tag mehr reifte. Ein Plan, der mich schon nach kurzer Zeit völlig in seinen Klauen hatte, so daß ich an nichts mehr, als an ihn dachte.

Dieser Bursche sollte das Mittel zu meiner Rache an den Da-ri-hogs werden. Durch ihn wollte ich den Da-ri-hogs all das heimzahlen, was ich erduldet hatte. Zergerant Tresslow und seine Leute würden eines Tages mir danken, daß ich diesen Burschen nicht hängen ließ.

Wann aber war dieser Plan in mir entstanden?

Als der Bursche zu sich kam und ich in seinen Augen etwas las, das ich nie bei einem Da-ri-hog zu lesen erwartet hatte: Dankbarkeit.

Und diese Dankbarkeit wollte ich mir zunutze machen. Auf Dankbarkeit baute ich meinen Plan, meine Rache, die Vernichtung der Da-ri-hogs. Ich wollte die Dankbarkeit des Jungen benutzen, um die geheimen Dschungelverstecke der Da-ri-hogs zu erfahren. Die Dankbarkeit wollte ich zur Vertretung an den Seinen stempeln. Er sollte die Seinen mir verraten. O, ich wollte das schlau anfangen.

Schritt um Schritt wollte ich ihn aushorchen. War der Bengel dankbar, faßte er zu mir Vertrauen, dann . . . ja, dann würde ich bald meine Rache an den Da-ri-hogs fühlen können.

O, ich Narr! Ich wußte nicht, daß eine höhere Macht Räder hier auf Erden ist und daß ich selbst dieser rührenden Macht verfallen würde, wenn ich die Anständigkeit des Bengels zum Verbrechen an seinem Volke stempeln würde.

Der Fluch des Verräters mußte nicht nur ihn treffen, sondern auch mich.

Aber ich war damals blind. Nur jene unselige Rache hatte Platz in meinem Gehirn. Und so nahm das Schicksal seinen Weg. Einen langen Weg, Clav, der bis aus Afrika über Jahrzehnte hinweg in diese meine Wohnung führt.

Den Bengel nannte ich Freddy und es war, als ob alle Anständigkeit, die überhaupt unter diesen verfluchten Da-ri-hogs vielleicht vorhanden war, sich in diesem Bengel gesammelt hatte. Er war die anhänglichste, treueste, schwarze Seele, die ich je in meinem Leben gesehen habe.

Es war mir stets ein Rätsel, daß dieser Bengel überhaupt ein Da-ri-hog war. Nie traf ich ihn bei einer Lüge, nie stahl er aber auch nur ein Zuckerküchlein, und sauber war er bis zur Krankhaftigkeit. Er ging nicht schlafen, bevor ich nicht im Hause war und wenn ich krank war, gab es keine grübte Krankenpflegerin, die mich besser hätte pflegen können, wie Freddy. Er schlief wie ein Hund zu meinen Füßen, und wenn ich mich nur rührte, war er hoch und betrachtete mich besorgt.

Nicht mein eigener Sohn hätte mehr an mich hängen können, wie Freddy und trotzdem riet mich der Teufel, meinen Plan nicht aufzugeben, sondern im Gegenteil, ich frohlockte, daß mir seine Ausführung so leicht gemacht wurde.

Es dauerte eine Weile, bis er unsere Sprache verstand und noch eine längere Weile, bis er sie selbst sprach und dann war es eine Kleinigkeit, alles von ihm zu erfahren, was ich

wissen wollte. Er mißtraute mir nicht im Geringsten. „Zahib bwana, kann mir Böses tun. Zahib zu alles Lebende gut! Zahib, keinen Haß auf schwarze Haut, die nur leben will. Andere Zahibs nicht leben lassen wollen, schwarze Haut. Wenn Tiere sich wehren, weiße Zahibs vertreiben. Wenn schwarze Haut sich wehrt, weiße Zahibs sterben, toben, toschlagen oder hängen. Nur Zahib bwana gut. Nicht weiße Haut und schwarze Haut sich töten, wenn alle Zahibs wie Zahib bwana!“

So hörte ich es in allen Tonarten von Freddy. Sein Vertrauen zu mir war reiflos. Er nannte mir die geheimen Schlupfwinkel seiner Sippe ohne Arg. Im Gegenteil. Er glaubte, ich sei so mächtig und meine Güte so gewaltig, daß ich die schwarze und die weiße Haut miteinander verbinden könne. Der gute Freddy war im Grunde seiner Seele nicht ein Pazifist, sondern ein noch größerer Optimist.

Freddy konnte es sich nicht denken, daß ich je nur etwas Schlechtes gegen seine Stammesangehörigen sinnen könne. Hatte ich ihn nicht gerettet? Ich bin überzeugt, mit diesem Argument schlug er jeden inneren Zweifel tot, wenn überhaupt je welche in seinem Inneren entstanden.

Und da lag meine eigene Schuld, daß ich dies blinde, gläubige Vertrauen ausnutzte. Daß ich ihn nicht aufklärte über meinen sinnlosen Haß gegen die Seinen. Ich hätte seine Treue und sein Vertrauen nicht hinnehmen dürfen. Ich hatte keinen Anspruch darauf, und so war es Diebstahl. Aber bitter, bitter sollte auch meine Strafe sein . . .

Ich hatte mir eine Karte von den geheimen Schlupfwinkeln und Wegen gemacht. Mit Hilfe dieser Karte konnte eine neue Strafexpedition nicht mehr fehlgeschlagen. Mein Haß triumphierte und meine triumphierende Rache ließ mich des Nachts nicht schlafen. O, hätte der arme Freddy, der besorgt meinen unruhigen Schlummer betrachtete, geahnt, daß durch meine Rache der Tod der Seinen ging.

# Katastrophenhilfe und Arbeitsgerichte verabschiedet.

## Agrarier stellen immer neue Forderungen.

Prag, 3. Juli. Im Parlament gab es heute einen bewegten Tag. Noch am späten Abend wußte man nicht, ob die Session noch in der nächsten Woche weitergehen oder ob sie bereits heute oder morgen geschlossen werden wird, ja nicht einmal, ob die heute zur Beratung stehenden Vorlagen noch abgestimmt werden. Erst gegen 6 Uhr abends klärte sich die Situation in einer Sitzung des Ministerrates insofern, als die Katastrophenhilfe und die Arbeitsgerichte noch heute zur Abstimmung freigegeben und weitere Plenarsitzungen noch für die nächste Woche in Aussicht genommen wurden, in denen die Erledigung des jugoslawischen Handelsvertrages und der Exportkredite erfolgen soll. Die Beratungen des Ministerrates über dieses Programm gingen jedoch am Abend noch weiter.

Verursacht wurden die neuen Schwierigkeiten durch die plötzliche Forderung der Agrarier, neben der Erntesicherung im Sinne des bereits gestern angeordneten Bewilligungsverfahrens für Weizen (für Roggen ist es bereits seit längerer Zeit in Kraft) auch noch den numerus clausus für neue Zuckerraffinerien und sogar noch die unstrittige Spiritusbeimischung in das Vorkostenprogramm aufzunehmen. Das brachte natürlich auch die anderen Parteien dazu, ihrerseits ihren Wunschzettel für das Vorkostenprogramm anzumelden, so daß die Situation am Nachmittag schon fast nach unvermitteltem Parlamentssturz aussah, zumal am Vormittag auch noch der nationaldemokratische Vertreter Hajn im Ausschuss eine stark oppositionelle Rede gegen die Exportkredite gehalten hatte.

Aus den Beratungen über das Bewilligungsverfahren für die Getreidezufuhr erfährt man, daß diese Regelung vorläufig auf ein halbes Jahr in Aussicht genommen ist und daß sie einer Kommission anvertraut werden soll, die aus je zwei Vertretern der Ministerien für Landwirtschaft, Ernährung, Handel und Meereswesen besteht. Die technischen Arbeiten soll eine eigene Kommission beim Handelsministerium besorgen, die der Aufsicht der Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Ernährung unterstellt wäre. Für den Fall eines außerordentlichen Preisanstieges ist eine entsprechende Herabsetzung der Zuschlagssätze in Aussicht genommen. Das Nebenabkommensgesetz wird nach seinem Ablauf im August nicht mehr erneuert werden.

Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen der Zuschlagssatz für Roggen um 11 Kr pro Zentner herabgesetzt werden, wodurch der zum 1. Juli erfolgte Anstieg der Zollüberhebung um 25 Kronen nach der Katastrophenklausel zum Teil wieder wettgemacht wird. Die neue Herabsetzung erfolgt automatisch nach der im Gesetz vorgesehenen Berechnung der Durchschnittspreise aus den letzten Monaten.

Am Vormittag hatte vorerst der Budgetausschuß die gestern unterbrochenen Verhandlungen über

### Die Katastrophenhilfe

zum Abschluß gebracht, worauf dann das Plenum des Hauses sofort in die Beratung dieses Gegenstandes einging.

Referent Dubický (Rep.) trat für die Sicherung der heurigen Ernte ein. Er erklärte, daß mit der Regierung wegen einer Erhöhung der Gesamtsumme, für die ein Zinszuschuß bewilligt werden kann, von 50 auf 80 Millionen noch verhandelt werde. Er verwies ferner auf die Resolutionen des Landwirtschaftsausschusses, die weitere Maßnahmen für die Beschädigten, Beschaffung von Ersatzsaatgut, Steuernachlässe und Verbot der exekutiven Eintreibung von Steuerrückständen in den von Katastrophen heimgesuchten Gegenden forderten.

In der anschließenden Debatte, die wegen einer Präzisionsfrage kurz nach Mittag auf dreißig Minuten unterbrochen wurde, kamen sieben Redner zu Wort, die sich fast alle für eine durchgreifendere Unterstützung bei Elementarschäden aussprachen. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Herr

### Genosse Schweichhart.

der nachdrücklich eine analoge Förderung der von der Wirtschaftskrise betroffenen Arbeiter verlangte. Er erklärte u. a.:

Wir deutschen Sozialdemokraten begreifen die Verlage mit Genugtuung, denn sie bedeutet eine wesentliche Verbesserung der bisherigen unzulänglichen Bestimmungen. Wir sind bereit, auch noch weitere diesbezügliche Wünsche zu erfüllen, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch die berechtigten Forderungen anderer Kräfte, welche in Not geraten sind, vor allem der Arbeiterschaft, berücksichtigt werden. Solange keine geeignete Versicherung gegen Unwetterrisiken allgemein besteht, ist die Landwirtschaft in solchen Fällen zunächst immer wieder auf staatliche Hilfe angewiesen. Deshalb erheben wir aufs Neue die Forderung nach Schaffung einer umfassenden Versicherung gegen Elementarschäden, deren Schwierigkeiten wir allerdings nicht übersehen.

Und ist aber klar, daß mit den bisherigen Mitteln die Prosperität unserer heimischen Landwirtschaft dauernd nicht erreicht werden kann und daß tiefgreifende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Landwirtschaft leistungsfähiger zu gestalten und sie vor dem Niedergang zu bewahren.

Die Verhältnisse sind vielfach so trag geworden, daß eine arme Bevölkerung der Landwirtschaft eingetrieben ist und speziell viel Kleinbäuerliche Existenzen vor dem Ruin stehen. Not tut vor allem eine planmäßige soziale Landwirtschaft, welche Produktion und Konsum in ein richtiges Verhältnis bringt, wobei nicht zuletzt daran gedacht werden muß, den Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel wesentlich zu steigern. Das kann aber nur geschehen, wenn man mithilft.

Die Lage der breiten Massen der Konsumenten, vor allem der Arbeiterschaft, zu bessern und ihre Kaufkraft zu stärken. Die erhöhte Kaufkraft kommt ja erhaltungsgemäß in erster Reihe unserer Landwirtschaft in Form vermehrten Absatzes der Agrarprodukte zugute.

Die Landwirtschaft selbst muß wachsen, und eigener Kraft und, wo diese nicht ausreicht, mit Hilfe des Staates ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, wobei die genossenschaftliche Organisation eine große Rolle spielt. Leider muß nach dieser Richtung hin in den Reihen der Landwirte noch eine große Erziehungsarbeit geleistet werden. Besonders Augenmerk muß der

Ausschaltung des Zinseszinses gewidmet werden, was am besten durch ein systematisches Zusammengehen der landwirtschaftlichen mit den Konsumgenossenschaften erzielt werden kann. Erfindereierische sind auf diesem Gebiete bereits vielversprechende Ansätze zu verzeichnen. Redner verlangt dann, daß sich die Landwirtschaft den Marktbedürfnissen enger anpasse, und verweist auf die eifrigste Regelung der Hypothekensache und auf die Fortschritte über die Weltzuckerproduktion.

Daß mit organisatorischer Hilfe des Staates in der Getreidewirtschaft durch Regelung der Einfuhr Remedien geschaffen werden muß, ist wohl allen Fachkreisen zur Überzeugung geworden. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß durch die rapide Entwertung der Landwirtschaft in der Ukraine das sogenannte freie Spiel der Kräfte auch hier sein Ende gefunden hat und daß hier seitens des Staates regelnd und ordnend eingegriffen werden muß. Das Staatsgetreidemonopol kommt in dieser Form mehr oder minder klar in verschiedenen Staaten zur Geltung und man bräut bereits über den gemeinsamen Absatz des Getreideüberschusses der südeuropäischen Staaten durch ein gemeinsames Büro u. s. w. kurz die zureichende, planmäßige Regelung der Getreideproduktion ist bereits auf dem Marsche. Die Situation ist gegenwärtig durch das Eingreifen Sozialistischer besonders kritisch geworden, das seine Werten unter den Beschäftigten auf den Markt wirft, um dafür Maschinen einführen zu können.

Genosse Schweichhart bemerkt zum Schluß, daß man speziell den berechtigten Wünschen unserer Kleinlandwirte entgegenkommen muß, welche die breiten Massen des arbeitenden Volkswalles darstellen und welche sich vor allen andern in mitleidigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden.

Sicher gehört eine Revision der Bodenreform, ein umfassender Pächterschutz, eine gerechte Zinspolitik und die Beschaffung billiger Futtermittel. Der Lösung der Leistungsfähigkeit der Kleinbäuerlichen Betriebe in Bezug auf Viehwirtschaft, Geflügelzucht usw. muß seitens der bürgerlichen Körperschaften entschieden mehr Beachtung als bisher gewidmet werden. Redner ruft ferner die Demokratisierung der Landwirtschaft, die Reform des Fortschritts und die Schaffung eines demokratischen Fortschritts.

Zur Vorlage selbst hegen wir den lebhaftesten Wunsch, daß bei der Errichtung von Subventionen und der Bewilligung von Krediten nach dieser Vorlage die Kleinbäuerlichen Kräfte als die wirtschaftlich Schwächsten in erster Reihe berücksichtigt werden. Wir aller Entscheidung müssen wir uns dagegen verwahren, daß dabei noch parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen wird.

Wir leben in der Vorlage lediglich eine Hilfsmittelmaßnahme vorübergehender Natur. Was

# Polnische Arbeitslosendemonstrationen blutig niedergeschlagen.

## Schießereien in Bloch und Rybnik.

Warschau, 3. Juli. Die gestrigen Arbeitslosendemonstrationen in Bloch, die in den Nachmittagsstunden von der Polizei ohne Waffengebrauch bewältigt wurden, führten in den Abendstunden zu einem neuerlichen Zusammenstoß mit der Polizei, als sich die Demonstranten wiederholt vor dem Gebäude der Bezirkshauptmannschaft sammelten. Es mit Steinen bombardierten und gegen die Polizei Revolvergeschüsse abgaben. Die Polizei erwiderte das Feuer mit einer Gewehrpatrone. Drei Demonstranten

an und liegt, um die Existenz der Landwirtschaft im Wege einer großzügigen Organisation zu sichern, wie geschah (Beifall.)

Die Abstimmung wurde vertagt und dann sofort die Vorlage über die

### Arbeitsgerichte

vorgesehenen, über die Abg. Marek referierte. Er hebt die soziale Bedeutung der Vorlage hervor und bespricht dann die Änderungen gegenüber der bisherigen Vorlage über die Gewerbegerichte.

Die Debatte wurde lediglich von vier Rednern bestritten, die je nach ihrer Einstellung verschiedene Verbesserungen forderten, während ein Kommunist großsprecherisch erklärte, die Vorlage sei überhaupt nur dazu da, um es der Arbeiterschaft unmöglich zu machen, sich gegen die Unternehmerrückgriffe zu wehren. Bei wütenden Angriffen gegen die Sozialdemokratie erhielt er einen Ordnungsruf.

Nach 4 Uhr war die Debatte beendet; die Sitzung wurde dann für fast zwei Stunden unterbrochen, bis das Ergebnis der Beratungen des Ministerrates bekannt war. Dann erfolgte die Abstimmung über die Arbeitsgerichte in erster und über die Katastrophenhilfe in beiden Lesungen. In letzterer Vorlage wurde gemäß den Vereinbarungen mit der Regierung die Höchstgrenze der durch Zinszuschüsse garantierten Darlehen im Kompromißwege von 50 auf 65 Millionen erhöht.

Bei der Behandlung von Immunitäten wurde Hajda wegen Ehrenbeleidigung in drei Fällen ausgeliefert.

Die nächste Sitzung wurde entgegen den sonstigen Gepflogenheiten auf morgen Samstag halb 11 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung steht die Fristverlängerung für die Beratung des Senatsbeschlusses auf Änderung des § 82 der Verfassung. Die Frist wurde bereits am 5. ds. ablaufen; man will aber vermeiden, daß der Senatsbeschluss durch eine Fristverlängerung ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses Gesetz würde.

In den Abstimmungen hatten sich aus dem Ministerrat so ziemlich alle Minister begeben, da die Präsenz sehr zu wünschen übrig ließ. Nachher gingen die Beratungen über das Arbeitsprogramm der nächsten Woche weiter. Ob die Schwierigkeiten überwunden wurden, ist noch nicht bekannt. Vorläufig rechnet man damit, daß das Haus in der nächsten Woche noch die Exportkredite und den Handelsvertrag mit Jugoslawien erledigen und dann in die Ferien gehen wird.

### Die Exportkredite.

Vor der Hausitzung hielt im Ausschuss der Nationaldemokrat Hajn eine stark oppositionelle Rede, in der immer wieder der alte Groll gegen Rußland zum Durchbruch kam, so daß dann Seba (Nat.-Soz.) die Frage aufwarf, ob Hajn noch der nationaldemokratischen Partei angehöre, deren Minister doch die Vorlage mit unterschrieben habe. Redner verwies darauf, daß in einer Reihe von europäischen Staaten derartige Gesetze längst bestehen und sich bewährt haben.

Die Debatte wurde am Abend fortgesetzt. Myslivec (Ed.) will für die Vorlage auch nur gerade deshalb stimmen, weil sie den Ministerrat passiert hat. Ebenso war Rajman (Gew.-Part.) mit der Vorlage nicht zufrieden; er befürchtet, daß der Staat die übernommene Garantie von 1,5 Milliarden werde bezahlen müssen, und polemisiert gegen die Regierung, die an der Vorlage angeblich keine Änderungen durchlassen wolle. Ihm tritt dann der tschechische Genosse Marek entgegen, der fordert, die Vorlage nicht durch Zusatzanträge zu komplizieren. Hiermit verlangt ebenfalls Änderungen (Heraushebung der Risiko-Quote des Unternehmers von 25 auf 40 Prozent); ihm schließt sich der Vertreter der tschechischen Agrarier an. Die Verhandlung wurde schließlich auf morgen früh halb 9 Uhr vertagt.

### Frankreichs Festungsgürtel verschlingt weitere Milliarden.

Paris, 3. Juli. Der Senat hat heute nach kurzer Debatte mit 277 gegen 94 Stimmen den Kredit von 2327 Millionen Franks bewilligt, der den zweiten Teil der Ausgaben für die Fertigstellung der Befestigungsarbeiten an der Ostgrenze Frankreichs darstellt. Die Arbeiten, die bisher einen Aufwand von 1428 Millionen Franks erforderten, sollen bis Ende 1934 beendet sein.

Kriegsminister Maginot begleitete die Vorlage mit einer kurzen Rede, in der er er-

wurden schwer verletzt, einer von ihnen ist auf dem Weg ins Spital gestorben. Auf Seiten der Polizei gab es vier Verletzte.

In ähnlichen blutigen Erzessen kam es in der Ortschaft Rybnik in Polnisch-Oberschlesien. Bei der Zerstreung eines Demonstrationenzuges von Arbeitslosen machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch, wobei vier Demonstranten verletzt wurden.

klarte, daß sich Frankreich mit der Organisation des Schutzes seiner Grenze gegen einen Einfall sichern wolle. Neben diesen Arbeiten werde die Organisation des Schutzes gegen Fliegerangriffe nicht vernachlässigt werden. Der geforderte Kredit sei deshalb absolut notwendig, weil in Frankreich der einjährige Militärdienst eingeführt sei. Er brauche nicht zu bemerken, daß die Befestigungsarbeiten ausschließlich Defensivcharakter trügen. Frankreich brauche keinen Friedenswillen nicht nachzuweisen, der in Frankreich nicht das Monopol einer politischen Partei sei.

### Die Dienstausgabe unseres Blattes

entfällt infolge des tarifmäßigen Buchdruckerfeiertages am Hus-Tag.

# Verbandstag der öffentlichen Angestellten.

Gleichzeitig mit dem Verband der Eisenbahner tagt gegenwärtig in Brünn der Verband der öffentlichen Angestellten.

Die Angestellten der öffentlichen Körperschaften haben sich erst verhältnismäßig spät in die Armee der Gewerkschaften eingereiht. Während die ersten Arbeitergewerkschaften schon vor mehr als einem halben Jahrhundert entstanden sind und schon vor Jahrzehnten beständige Kämpfe um ihre grundlegenden Rechte und um die Erhöhung ihrer Lebenshaltung geführt haben, während die Privatangestellten schon seit den neunziger Jahren zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie im Kampfe um das tägliche Brot ähnliche Methoden anwenden müssen wie die Arbeitergewerkschaften, gibt es Gewerkschaften öffentlicher Angestellter, deren Vorbild die Arbeitergewerkschaften sind, erst seit dem Weltkrieg. Auch die öffentlichen Angestellten in der Tschechoslowakei haben sich nach dem Kriege dem Verband der öffentlichen Angestellten angeschlossen. Sie taten es in der Erkenntnis, daß eine Verbesserung ihres Schicksales nur in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Privatangestellten erfolgen könne, daß sie ihre Kämpfe in engerer Bundesbrüderschaft mit dem übrigen Proletariat führen müssen und so hat sich auch der Verband der öffentlichen Angestellten dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen und bildet heute einen festen Bestandteil der freien Gewerkschaften in diesem Staate.

Aber gerade die Angestellten der öffentlichen Körperschaften, Angestellte, die nicht in Privatsdiensten stehen, sondern die Vollzugsorgane jener Körperschaften sind, auf die die Bevölkerung durch das Wahlrecht Einfluß übt, müssen erkennen, daß nur durch die Stärkung der politischen Macht der sozialistischen Parteien ihre Kämpfe erfolgreich geführt werden können. Die letzten zwei Jahre bieten in dieser Hinsicht einen deutlichen Anschauungsunterricht. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage und der dadurch bedingten Krise der Finanzen der öffentlichen Körperschaften sind sozialpolitische Fortschritte erzielt worden, ist die Gleichstellung der Rentner durchgeföhrt und den öffentlichen Angestellten eine Weihnachtshilfe gewährt worden.

Der starke Einfluß, den allerdings die bürgerlichen Parteien im Staate und in den Selbstverwaltungskörpern noch ausüben, bedingt, daß die Lage der öffentlichen Angestellten heute keine rosige ist. Erst jüngst wurde durch eine internationale Statistik festgestellt, daß der Mindestgehalt eines Amtsgeschilfen in London mit 100 angenommen, in Berlin 94, in Paris 61, in Prag aber nur 46 beträgt. Dazu kommt noch, daß die Angestellten der Selbstverwaltungskörper durch die Verwaltungsreform schwer geschädigt wurden und daß man bei der Uebernahme in den Staatsdienst ihnen außerordentliche Schwierigkeiten gemacht hat. Auch die Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten, der Heilfond, befindet sich in einer schweren Krise, seine Finanzgebarung ist passiv und so ist der öffentliche Angestellte, gerade, wenn er krank ist, vielfach hilflos und wird für ihn nicht das geleistet, was beispielsweise die Krankenversicherungsausgaben für die Privatangestellten leisten. Der bürokratische Gang unserer gesamten Verwaltung bewirkt, daß in tausenden Fällen für die öffentlichen Angestellten interveniert werden muß. Das Verzeichnis der Interventionen im Verbandsbericht macht allein etwa 30 enggedruckte Seiten aus.

Viele öffentliche Angestellte stehen heute noch außerhalb der Reihe der freien Gewerkschaften. Je stärker aber der Verband der öffentlichen Angestellten werden wird, desto mehr kann er für seine Mitglieder leisten und daß er auf dem richtigen Wege ist, zeigt die Arbeit in den drei Jahren, über die die Funktionäre des Verbandes am Verbandstage Rechenschaft ablegen. Gerade die sozialistischen Parteien wissen, was eine Beamtenschaft, welche für die Lage der sozial schwächeren Schichten Verhandlung hat, für den Vormarsch des Sozialismus bedeutet und deswegen sei auch der Verbandstag der öffentlichen Angestellten herzlich begrüßt und es seien seinen Verhandlungen die besten Erfolge gewünscht.

### Zusammenstoß in Leipzig.

#### Ein Toier.

Leipzig, 3. Juli. Bei einem Zusammenstoß, der gestern in den späten Abendstunden zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten stattfand, kam es von Seiten der Kommunisten zu einer Schießerei, in deren Verlauf ein Nationalsozialist getötet wurde.

# „Eisbär“-Seiten

sind erstklassig!

# Tagesneuigkeiten

## Die Nationalwiese.

Unweit von Prag, in Tschernoschitz, am rechten Ufer der lieben Berana, gibt es eine Badeanstalt und daneben eine Wiese; man teilt die der Öffentlichkeit zugängliche Wiese bisweilen am besten ein in Orte, wo man lagert — bei Personen beiderlei Geschlechts geschieht das unter behördlicher Beachtung — und solche, wo Fasisten lagern. Dorthin soll sich kein gewöhnlicher, nicht Uniformierter verirren, weil die Bevölkerung doch treffend in Menschen und Fasisten eingeteilt wird. Diese Unterscheidung entspricht auch den „Anschauungen“ der „narodni obec socialistická aus Prag, jenem unentwegten Häuflein von Bewunderern reinster Politik, wie sie Strömung zu pflegen beliebt; besagte Gemeinde hat also neben der Badeanstalt ein größeres Grundstück akkupiert — es ist mir nicht gelungen, das Rechtsverhältnis festzustellen — mit Pfählen umgeben und zwei Tafeln angebracht, die also lauten:

**Deutschen und Juden ist der Eintritt streng verboten!**

**Jüdischen Hunden und Internationalen ist das Betreten dieses Grundstücks strengstens untersagt.**

Der biedere Tscheschlawake, der etwas von der Gleichheit vor dem Gesetz läuten gehört hat, hält die ganze Sache vorerst für einen Scherz; man wird aber von dem Ernst der Situation so gleich überzeugt, wenn man einige sympathische Gestalten mit beliebtem Bücherfahrrad nahen sieht, um einen eventuellen Angriff auf dieses Kulturdokument „abzuwehren“. Das Interessanteste an der Sache ist aber der Umstand, daß ziska zwanzig Meter vor besagtem Zaun mit Zwischenraum, dadurch zu schauen, zwei Sabatgebarnen mit forschendem Blick die Badenden betreten, damit niemand wage, „außerhalb des dazu bestimmten Ortes zu baden oder im Badeort zu gehen“ und damit das so beliebte Lagern von Personen beiderlei Geschlechts an Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind“, nicht Normen annehme, die ein Dorn sind im wachen Auge des Gesetzes. Die Genbarmen haben die Plakate nicht bemerkt, trotzdem damit nicht etwa das verfassungserachtende Sabat-Gebot, sondern das höhere Orts so beliebte Schutz- und Strafgesetz verlegt wird, weil die Besche „gegen National- und Rassenminderheiten“ ein Vergehen darstellt, das — von einem Sozialisten begangen — gewiß die ehrende Beigabe erhalten müßte, daß es „unehrenhaften und niedrigen Motiven“ entspringt. Es wurden auch Soldaten auf die Plakate aufmerksam gemacht, trotzdem waren sie am Sonntag, den 28., und Montag, den 29. Juni, in unveränderter Pracht zu sehen; vielleicht bemerkt einmal Herr Kubat seine Organe zur Bohrung des Gesetzes, was ja auch nicht ganz aus dem Rahmen der Amtspflichten fallen soll!

W. Eg.

## Soldatenshänderei in Pilsen?

Die „Zukunft“ meldet und kritisiert am Sand der „Nová Doba“ folgenden Vorfall: Am Mittwoch, gegen 1 Uhr mittags, hörte ein zufällig vorübergehender Zivilist vor der Kaserne des 18. Infanterieregiments in Pilsen Wehklage und Hilferufe. Er ging der Stimme nach und hörte, daß sie aus einem zur Hälfte abgedunkelten, zur anderen Hälfte vergitterten Fensterchen kam, auf dem ein Mann in Zivilkleidung saß. Dieser sah den Vorübergehenden mit erregter Stimme, daß er zu seinen Verwandten in einer nahegelegenen Gemeinde fahre mit der Postkutsche,

**daß er ohne Ursache eingesperrt und mißhandelt wurde, als er die Waffenübung als Reservist antrat.**

Im Laufe dieser Unterhaltung kam aus der Kaserne ein Offizier heraus, dem der Bürger mitteilte, daß der Reservist um Hilfe rufe und erkläre, ohne Grund eingesperrt und mißhandelt worden zu sein. Der Mann verlangte von dem Offizier, den Fall zu untersuchen und nach dem Rechte zu sehen. Dieser entsagte jedoch darauf energisch, daß sich das leicht „machen lasse, er lasse den Reservisten einfach hängen. Wirklich lehrte er in die Kaserne zurück und nicht lange darauf sah der Mann, der unter dem Fenster stehen blieb, wie der erwähnte Reservist von dem Fenster heruntergezogen wurde.

Gleichzeitig wurden Beschimpfungen und Drohungen laut, die auch sofort in die Tat umgesetzt wurden, denn unmittelbar darauf hörte man einige dumpfe Schläge, die daraufhin schließen ließen, daß der Reservist aufs Neue geschlagen wurde.

Tabei wurde von jemandem das Fenster vorsichtig geschlossen, damit die weiteren Hilferufe des gequälten Reservisten ungehört bleiben sollten.

Während dies alles vor sich ging, versammelte sich unter dem Fenster eine Reihe von Zivilpersonen und Soldaten, die alles mit anhörten. Bald jedoch kam der schon erwähnte Offizier wieder, jetzt noch mit einem zweiten, aus der Kaserne und man fragte die Beiden nach der Ursache der Beschimpfungen und Mißhandlungen des Reservisten. Darauf wußten nun die beiden Offiziere nichts Besseres zu antworten, als daß das den Leuten nichts angehe und sie jagten die Versammelten fort. Ein Offizier rief sogar einen Wach-

mann, damit er die „neugierigen Zivilisten“ fortbringe.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn sich derartige Soldatenshändlungen noch länger wiederholen und es ist eine nur selbstverständliche Forderung, wenn wir verlangen, daß dieser Fall eingehend und objektiv untersucht und die Öffentlichkeit in entsprechender Weise aufgeklärt werden muß. Wir konnten erst vor kurzem berichten, daß der Soldatenschinder Horáček seiner verdienten Bestrafung zugeführt wurde und wir verlangen, daß auch in diesem Falle den Schuldigen bezw. Verantwortlichen die gehörige Beurteilung zuteil wird.

## Begen Konfubinatns aus der Gemeinde ausgewiesen!

Die „Freie Gemeinde“ berichtet: Man sollte es nicht für möglich halten, daß es mitten im dichtbesiedelten Industriegebiet Deutschböhmens noch einen Gemeindevorsteher und eine Gemeindegemeinschaft gibt, die einen Menschen aus der Gemeinde ausweisen, weil er das Heimatrecht erlassen hat und ihm schlechten Lebenswandel vorhalten, weil er mit einer Frau, die er heiraten will, 3 Kinder zeugte und sich bei Gericht als Bauer bekannte. Folgende Zuschrift des Gemeindevorstehers von Lochitz — Wenzel Waber — ist der Rame dieses Mißverhältnisses eines Dorfhauptlings — zeigt jedoch, daß so etwas möglich ist und unsere Kultur vor den Grenzen dieser Gemeinde, im Gerichtsbezirk Norditz, haligemacht hat. Das Schriftstück lautet wörtlich:

Gemeindevorsteher Lochitz. Am 7. Juni 1931.  
Bez.: Ausweisung aus dem Gemeindegebiete.  
Zahl: 510/31.

Herrn Willibald Hübsch, Lochitz Nr. 22.

Seit Beschluß der Gemeindevertretung vom 6. Juni 1931, ab V., werden Sie auf Grund des Ges. vom 5. März 1862, Art. 11, § 11 G.-O., aus dem Gebiete der Katastralgemeinde Lochitz auf die Dauer von drei Monaten ausgewiesen.

- Gründe:
1. Sind Sie der öffentlichen Wildtätigkeit des Jägers zur Last gefallen.
  2. Leben Sie mit Ihrer Lebensgefährtin in Konfubinat und haben die Vaterpflicht in diesem Verhältnis entsprochen drei Kinder gerichtlich anerkannt.

Obwohl Sie sich betruht sind, daß Sie infolge Ihrer körperlichen Unfähigkeit keine Familie ernähren können, geben Sie diesen Lebenswandel nicht auf, sondern äußerten Sie sich anderen Personen gegenüber, daß Sie noch Erlangung der Jährlingsfähigkeit in der hiesigen Gemeinde sich berechnen wollen und dann die Gemeinde Lochitz zur Erhaltung Ihrer eigenen Person, sowie der Angehörigen heranzuziehen wollen.

Herrn leisteten Sie der Aufforderung der Ortsgemeinde zur Räumung der Wohnung im Hause Nr. 22 keine Folge und zahlen nach wie vor seinen Mietzins.

Nach reiflicher Erwägung der angeführten Gründe, woraus zu ersehen ist, daß Sie keinen unbescholtenen Lebenswandel führen und dem Armenfonds der Heimatgemeinde bestimmt zur Last fallen werden, sah die Gemeindebeschlusseben beschloß, daß Sie noch Erlangung der Jährlingsfähigkeit sofort zu verweisen. Gegen dieses Erkenntnis steht Ihnen das Recht zu, die Beschwerde innerhalb 14 Tagen vom Tage der Zustellung an die Bezirkshauptmannschaft einzubringen.

Der Gemeindevorsteher: Waber.

Die Schande wird für die Gemeindegemeinschaften von Lochitz, die samt ihrem Vorsteher der Deutschen Wahlgenossenschaft angehören, noch größer, wenn man weiß, daß dieser Willibald Hübsch ein Krüppel ist, der in der Gemeinde 13 Jahre als Gemeindegemeinschaftstätig war und noch nie eine Armenunterstützung bezogen hat, also selbst nach landlichen Begriffen ein anständiger Mensch ist. Die bodenständigen deutschen Bauern und Bürger von Lochitz befürchten nur, daß der deutsche Volksgenosse Gemeindegemeinschaftstätig mit seiner Familie einmal der Gemeinde zur Last fallen könnte und deshalb beschloß sie in weiser Vorsorge und nach „reiflicher Erwägung“ seine Ausweisung aus dem Gemeindegebiete. Willibald Hübsch hat sich zu spät an die richtige Stelle gewendet und so ist die ihm eingeräumte Frist zur Einbringung einer Beschwerde gegen diesen ebenso ungeschicklichen wie niederträchtigen Beschluß verstrichen. Es wird aber durch eine Aufsichtsbehörde dafür gesorgt werden, daß die Heldentat der deutsch-christlichen Gemeindegemeinschaften von Lochitz nicht zum Unglück für eine Familie wird.

## Von einem explodierenden Granatjünder zerrissen.

Pilsen, 3. Juli. Als Ingenieur A. Jekel gestern die Explosionsteile (Initiatoren) an einen Jünder montierte, den er offenbar nicht so sicherte, wie es gewöhnlich zu geschehen pflegt, um dann beim Schließen die Funktion des Jünder bei kleinen Geschwindigkeiten auszuprobieren, ereignete sich eine Explosion, durch die Jekel gelang es, das wilde Tier zu bändigen. Der Arbeiter Josef Lauke, der ihm im Laboratorium behilflich war, wurde mit einer leichteren Verletzung am Bein ins Krankenhaus überführt.

## Zwei Todesopfer eines Probeflugs.

Paris, 3. Juli. Bei einem Probeflug in der Gegend von Billacoubat stürzte gestern ein

dreimotoriges Flugzeug brennend ab. Unter den Trümmern wurde eine noch nicht identifizierte verkohlte Leiche geborgen, ein zweiter Fahrgast, der sich durch Fallschirmabsprung zu retten versucht hatte, stürzte in die Tiefe, weil der Fallschirm sich nicht entfalten. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

## Volkshilfswerkzeug über „Jugendpflege und Volksbildung“.

Der Kreisverband der Bildungsausschüsse in Teplitz-Schönau veranstaltet mit Unterstützung des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur in der Zeit vom 23. bis 29. August d. J. in der „Heinrichstraße“ in Gruppen einen Volkshilfswerkzeug für Volkshilfswärter, die in der öffentlichen Volksbildung tätig sind. Der Lehrgang umfaßt 30 Vortragsstunden und sieht unter anderen folgende Themen vor: Die Aufgaben der Volksbildung auf dem Gebiete der Jugendpflege (D. Drehschäfer); Die Psychologie der Jugend im Reifealter (Prof. A. Berger); Gesundheitsfragen der Jugend im Reifealter (Dr. Großmann, Dr. Eichhorn); Die soziale Lage der Jugend in der Gesellschaft (Ernst Paul); Die gesellschaftlichen Grundlagen der Jugend (H. Berger); Die Bildungsfragen der Arbeiter- und Landjugend (Kud. Kudl. Toni Köhler); Die Jugendbücherei (Dr. Moucha); Körperliche Erfrischung der Jugend (J. F. Friedrich); Jugendwanderer (Robert Ehrlich); Puppenbühne und Puppentheater (Frl. Böhm, Ernst Thöner); Jugendstraßentheater (Dr. Egl). Begünstigung: Freie Unterkunft und einfache freie Verpflegung. Zahl der Hörer 20 bis 25. Anmeldungen an den staatlichen Volkshilfswärter-Kreislehrer Heinrich Berger, Teplitz-Schönau, Gottfried Kellerstraße 21.

**Bergarbeiterkatastrophe.** Auf der Frede „Bergmannsgrube“ in Buex (Westfalen), gerieten zwei Bergknappen beim Schichtwechsel unter herabstürzende Gesteinsmassen. Die Verunglückten konnten trotz sofort angelegter Bergungsarbeiten nur tot geborgen werden.

**Das Luftschiff „Graf Zeppelin“** traf gestern früh gegen 5 Uhr, von seiner Nordlandfahrt kommend, in Friedrichshafen ein und landete glatt um 6 Uhr 15 Minuten.

**Der australische Flieger Chichester** ist gestern früh in Sidney zu seinem Flug nach Japan über Neu-Guinea, die Philippinen und Formosa gestartet. Von Japan nach England wird er über Kamtschatka, die Aleuten Inseln, Japan, Kanada, Grönland, Island und die Faröerischen Inseln fliegen.

**Bankier unterschlägt zwei Millionen.** Aus Paris wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter ließ den Bankier Saulnier verhaften, der eine Finanzpublikation herausgab, und wegen Unterschlagungen, die sich auf 2 Millionen Francs belaufen, angeklagt ist. Saulnier, der in seinem Blatte verschiedene Aktien angepriesen hat, ließ sich von seinen Spekulanten ihre Wertpapiere ausleihen und benutzte diese dann zu Finanzspekulationen.

**Ueber den mährisch-böhmischen Meteor** vom 27. Juni berichtet die Zirkon-Volkshilfswärter am Prager Laurenzberg: Auf Grund der ersten Meldungen, die der genannten Sternwarte und einigen anderen Sternwarten zugegangen, ist es möglich, ein Bild in groben Umrissen über den Weg dieses ungewöhnlich hellen Meteors zu geben. Der Meteor bewegte sich etwa über der Linie Jglau-Kuttendorf, und zwar darauf, daß seine Höhe über Jglau mehr als 70 Kilometer über der Erde betrug, die dann oberhalb Kuttendorf, wo die Lichterscheinungen endeten, auf 27 Kilometer sank. Der Meteor ist auf seiner Bahn einigemale explodiert; die dadurch hervorgerufenen akustischen Wirkungen waren bis auf eine Entfernung von 120 Kilometern vom Endpunkte einwandfrei zu hören. Wenn der Meteor seine Bahn unverändert fortgesetzt hätte, hätte es in der Umgebung von Kumburg die Erdoberfläche erreicht. Die obangeführten Angaben sind allerdings nicht ganz zuverlässig, wie dies bei allen zufällig beobachteten und so kurze Zeit andauernden Himmelserscheinungen zu sein pflegt; so z. B. ergibt sich bei den Beobachtungen über den Endpunkt der Bahn eine Unsicherheit von 20 Kilometern. Es ist aber wahrscheinlich, daß die weiteren Berichte diese Unsicherheit verkleinern werden.

**Die Hausparzellen.** Mit der Frage der Hausparzellen besetzte sich der Vorstand der Deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in CSN. in seiner Sitzung am 2. Juli d. J. in Prag. Die Befürchtungen, die in den früheren Sitzungen über das Hausparzellen geäußert worden sind, haben durch die letzten Vorgänge teilweise ihre Bestätigung gefunden. Daher wird der im Mai gefasste Beschluß, eine grundlegende Aufklärung über das Hausparzellen zu schaffen, ausgeführt. Zu diesem Zwecke wird eine allgemeine Rundfrage abgehalten, und zwar im Kreise aller interessierten Institute und Korporationen, Sparkassen, Baugenossenschaften, Gemeinden usw. Ende September wird auf Grund der eingelangten Antworten die endgültige Stellungnahme erfolgen. Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge Prag IV, Na Balesch 288, schickt auf Verlangen die Fragebogen zu.

**Jugendliche Räuber.** Freitag nachmittag wurde von zwei jungen Burschen auf die Zweigstelle der Sparkasse Jeltow in Berlin-Lichterfelde ein Raubüberfall verübt. Sie zwangen die Angestellten der Bank mit vorgehaltenen Revolvern, sich auf den Boden zu legen, und raubten aus dem Kassenschrank etwa 4000 bis 5000 Mark. Trotzdem die Verfolgung sofort aufgenommen wurde, gelang es den Tätern zu entkommen.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen.

**Sonntag:**  
Prag: 8.30 Schallplatten, 12.30 Musik, 17.00 Schallplatten, 17.00—18.45: Deutsche Sendung: Zeitgenössische Musik, 19.00 Popul. Lieberabend, 19.30: Tsch. Jazz-Kompositionen. — **Brünn:** 8.30 Schallplatten, 18.00 Deutsche Sendung: Klassische Tanzmusik, 19.00 Orchesterkonzert. — **Währ.-Odrau:** 8.30 Schallplatten, 18.00 Deutsche Sendung: Prof. Dr. Richter: Mendel und seine Heimat. — **Preßburg:** 10.45 Schallplatten, 18.15 Schallplatten. — **Berlin:** 15.30 Franz Leh. 19.10: Schumann-Lieder. — **Leipzig:** 9.00 Franz Schubert-Stunde, 21.00 Orchesterkonzert. — **München:** 20. „Der Jaromir“, Operette von Lehár. — **Wien:** 10.00 Wiener Sängerknaben, 11.00 Wiener Sinfonikerorchester. — **Köln:** 13.00 Nachmittagskonzert, 21.00 Abendkonzert.

**Polarfahrt des Zeppelin.** Der Luftschiffbau Friedrichshafen teilt mit, daß die von ihm und der Gesellschaft Aeronautik geplante Nordpol-Expedition nunmehr endgültig auf den 24. oder 25. Juli festgesetzt ist. Die Gesamtleitung der Expedition wird Dr. Ekener, die wissenschaftliche Leitung Samoilowitsch, der bekannte russische Geograph haben.

**In Belgrad** stürzte gelegentlich einer Donnerstag abends gegebenen Vorstellung in einem dort gastierenden französischen Zirkus ein Löwe auf seinen Dompteur los und brachte ihm eine schwere Verwundung am Arme bei. Dem Personell gelang es, das wilde Tier zu bändigen. Der Vorfall hatte unter einem Teil des Publikums eine Panik hervorgerufen, bei der aber niemand zu Schaden kam.

**Die Ziehung der II. Klasse der 25. Klassenlotterie** findet am 16. und 17. Juli statt. Die Frist für die Erneuerung der Klassenlotterie endet am 8. Juli.

**Der Nord an einer Siebenjährigen.** In Wescermünde begann vor dem nach dort verlegten Bedener Schwurgericht der Prozeß gegen den Luftwärdner Hermann Krumme, der am 21. August 1930 die 7jährige Ingeborg Bopp vorsätzlich getötet hatte. Der Angeklagte, der sich vollkommen gleichmütig verhält, und die Tat leugnet, wird von zahlreichen Zeugen, u. a. zwei kleinen Mädchen, belastet. Als besonderes Beweismittel gilt eine blutige Hose, die bei dem Angeklagten bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde. Krumme ist u. a. wegen Sittlichkeitsverbrechen mehrfach verurteilt. In dem Prozeß, für den mehrere Tage vorgezogen sind, sind sechs Sachverständige geladen.

**Flugzeugabsturz.** Auf dem Flugplatz Hamilton (Ontario, USA.) stürzte ein Flugzeug ab. Fünf Insassen wurden getötet.

**Vor der Kölner Universität** demonstrierten am Donnerstag große Gruppen von Nazi- und Stahlhelm-Studenten. Sie sangen nationalsozialistische Lieder und brachten gegen das Verbot einer Anti-Verailles-Grundgebung durch den Rektor Protestrufe aus. Jüdische Studenten wurden mißhandelt. Einem wurde das Auge blutig geschlagen. Ein Ueberfallkommando stellte die Ordnung wieder her, indem es den Platz vor der Universität räumte und im Innern des Gebäudes mehrere Studenten verhaftete.

**Das braune Haus,** der Münchener Sitz der Salenkreuzliken um Hitler und Röhm, besitzt einen Haupteingang und mehrere Nebeneingänge. Der Haupteingang dient „nur für Herrschaften“, er darf nur von prominenten Nationalsozialisten benutzt werden. Gewöhnliche Salenkreuzler, die nicht zu den hohen Würdenträgern gehören, müssen die Nebeneingänge benutzen. Die Treppe, die im braunen Haus in das erste Stockwerk führt, hat allein die Kleinigkeit von 30.000 Mark gekostet. Die Arbeitsräume für die unteren Angestellten der Reichsleitung der NSDAP. liegen ganz oben im Dachgeschoß. In diesen Räumen hört der Luxus aus, dafür ist es im Sommer so drückend heiß und im Winter eisig. Der Chef im Luxusraum, der Angestellte in der Dachkammer — das ist das genaue Abbild des Sozialismus, wie Herr Hitler ihn auffaßt.

**Kirchenbrand in Bremen.** In der Stephani-Kirche in Bremen am den Wangerüst am den Turm der Kirche brach Freitag nachmittags kurz vor 14 Uhr Feuer aus, das schnell um sich griff. Die Feuerwehr entzündete sofort alle verfügbaren Wasserpistolen auf die Brandstätte. Aus dem Dach der Kirche und dem Turm schlugen hohe Flammen, dichter Rauch hüllte die ganze Gegend ein. Der Turmstumpf wurde völlig vernichtet, jedoch konnte der Turm gerettet werden. Das wertvolle Inventar der Kirche war bereits rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden. Die Stephani-Kirche liegt in der Bremer Altstadt am Ufer der Weser. Ein tragischer Zufall will es, daß der Brand aus dem 25. Jahrestag des Großen Feuers in der Michaelis-Kirche zu Bremen fällt.

**Das Wasser der Schwarzgraben soll chlorifiziert werden.** Bekanntlich wird das Wasser der Schwarzgraben durch die vielen Fabrikschächte stark verunreinigt und in der Zeit der Trockenheit bedroht der Fluß dadurch einen unentzerrlichen Gestank. Die an dem Fluß liegenden Gemeinden haben sich bereits wiederholt wegen dieses Unzustandes beschwert und so die Errichtung der neuen Zentral-Reinigungsanstalt nach einige Zeit dauern dürfte, will der Bräuner Stadtrat diesem Uebelstand durch abhelfen, daß er das Wasser der Schwarzgraben chlorifizieren lassen will. Für diesen Zweck wurde bereits ein Betrag von 200.000 K bewilligt. Mit der Chlorifizierung wird beim Kaiserbrunn. Behr begonnen werden, wo in nächster Zeit zwei neuangekufte Chlorifizierungsapparate zur Aufstellung gelangen.

Demonstrationen gegen eine Einrichtung in Gibraltar. Donnerstag kam es in der Stadt Gibraltar zu einem großen Zusammenstoß. Manifestationsgruppen, die gegen die beabsichtigte Einrichtung eines Fischlers protestierten, der seine Arbeitgeberin erschlagen hatte, durchzogen die Stadt und verlangten stürmisch die Begnadigung des Verurteilten. Kaffeehäuser und Läden wurden geschlossen. Als die Situation bedrohlich wurde, wurde Militärassistenz angefordert, die die Ruhe wieder herstellte. Die Einrichtung des Fischlers — die erste seit dem Jahre 1906 — ist gestern früh erfolgt, ohne daß es zu neuerlichen Kundgebungen gekommen wäre. Der Scharfrichter ist aus England geholt worden; Tausende von Personen hatten sich auf den Straßen auf, die Cafés und Hotels waren gestern geschlossen.

### Gerichtssaal

#### Rachtlänge zu kommunistischen Mai-feiern.

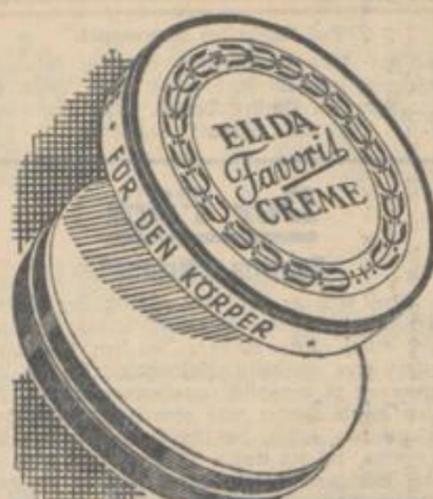
Freitag, 3. Juli. Es ist immer das gleiche Bild. Der Herr Regierungsbereiter kommandiert die Gendarmen zur Attacke gegen die Proletariat, die sich zur Anhörung „revolutionärer“ Wrasen eingefunden haben. So geschah es auch zur kommunistischen Feier des 1. Mai in Schönan. Der Hauptredaktor gab der Polizeibehörde den ersuchten Vorwand einzuschreiten und in weiterer Folge kamen etliche Proletariat vor Gericht.

Man darf nicht vergessen, daß in unserer Demokratie die obrigkeitlichen Organe einen einzig dastehenden strafrechtlichen Schutz genießen. Wir haben es erlebt, daß eine einseitige Maßnahme zu fällige Verurteilung eines Politikers mit dem Vorwurf zu einer Anklage wegen des Verbrechens der „öffentlichen Gewaltverletzung“ geführt und eine fünfmonatige Kerkerstrafe zur Folge gehabt hat. In vorliegendem Fall standen unter der gleichen Anklage zwei Ehepaare, die sich amöblich einer „Verletzung einer Amtshandlung“ schuldig gemacht haben.

Die Gendarmen hatten den Versammlungsteilnehmer Wenzel und seine Frau verhaftet. Sein Freund Koval sprang herzu, um die zwei Angehörigen der Festgenommenen zu übernehmen. Gleich packte man auch ihn und als seine Frau sich an seinen Arm klammerte, nahm man auch sie mit, und der Herr Staatsanwalt erklärte in diesem Tun den Versuch einer „Verletzung einer Amtshandlung“. Die Sache kam jedoch nicht zur Ausdringung, weil das Gericht auf Antrag der Verteidigung die Einvernahme weiterer Zeugen beschloß und die Verhandlung verpagte. rb.

### Medizin und Justiz.

Freitag, 3. Juli. Ein an Darmkrebs leidender Herr hat sich in die Behandlung zweier hiesiger Ärzte gegeben, die den Versuch machten, ihn mittels Radiumbehandlung zu heilen, oder doch wenigstens sein Leben zu verlängern. Die Behandlung war äußerst schmerzhaft. Es wurden Radiumstrahlen eingesetzt, die mit radioaktiven Stoffen gefüllt waren und deren Ausstrahlung das Gewebe des Patienten zerstörte. Der Patient starb nach halbjähriger Behandlung. Schon vorher hatte man ihn als Todeskrankten angesehen. Die Radiumbehandlung gab indessen der Staatsanwaltschaft Anlaß, die Anklage wegen „saheliger schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang“ einzubringen. Die Sachverständigen-Aussagen waren nicht einseitig. Das Gericht sprach jedoch die angeklagten Ärzte frei, da es keinen sachlichen und erweislichen Anhaltspunkt für ein Verschulden feststellen konnte. rb.



## ELIDA Favorit CREME

GIBT DAS GUTE SPORTLICHE AUSSEHEN

### Die neue, wundervolle Hautcreme - Zum Wandern, Sport, Sonnenbad!

Elida Favorit Creme... ein wirklicher Fortschritt! Denn ihre verfeinerten Spezial-Lanolin-Extrakte, ihr zarter Zitronenduft wirken erfrischend und belebend auf die Haut. Elida Favorit Creme fördert das ersuchte, gesunde Sonnenbraun und schützt vor schmerzhaftem Sonnenbrand.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik. 20 Prozent Dividende - in der Krise.

### Der Bilanzbericht des Auffiger Chemischen Vereines. Bruttoertrag 96 Millionen K., Abschreibungen 43.4 Millionen K.

Am 25. Juni fand die Generalversammlung der Aktionäre des größten inländischen Konzerns der Chemieindustrie, und zwar zum ersten Male in Auffig selbst statt. Die Dividenden- und Zantieneneintrichter lernten auf diese Weise den Auffiger Betrieb, die Stätte, wo ihre Millionen erschunden werden, doch von außen kennen. Die Auffiger, Kallnauer und Reimwiger chemischen Arbeiter werden diesen Bericht bestimmt mit Interesse verfolgen und dabei finden, daß die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen schon ihre Früchte gezeitigt haben. Natürlich in die Taschen der Aktionäre und Verwaltungsräte. Beim „Verein“ darf und muß die Krise nur die Arbeiter bedrücken, aber ja nicht die Aktionäre und Verwaltungsräte. Die Herren Verwaltungsräte, 14 an der Zahl, haben überhaupt ein schweres Amt und Dasein. Ihre Mühe muß wenigstens einigermaßen entlohnt werden und daher wurde

diesen 14 Herren im Krisenjahre 1931 als Zantienne der Betrag von 651.152 K überwiehen.

Ganz besonders aber ist die Tendenz der neuen Verwaltung in Arbeits- und Personalfragen zu bemerken. Die Herrschaft der Zionsistenka bannt ist keine bloße Formalität und es ist offenbar der Wille der maßgebenden Faktoren, die Arbeiter und Betriebe ordentlich „katholisch“ zu machen. Herr Präsident Dr. Preiß, der Mann mit einem monatlichen Einkommen von über 1 Million, und andere Maßgebende werden schon dafür sorgen, daß sich die Verhältnisse noch mehr „verbessern“.

Ein Aktionär namens Brejcha fand es nämlich für notwendig, gegen die Beschäftigung von fremden Staatsbürgern und die noch zu große Vertretung von Ausländern in der Leitung der Gesellschaft Stellung zu nehmen. Er begrüßte die neue Zusammensetzung der Anteilhaber und insbesondere

die Verschiebung zugunsten des tschechoslowakischen Kapitals.

Er sprach die Hoffnung aus, daß die neuen Machtverhältnisse auch in der Leitung des Unternehmens zum Ausdruck kommen werden. Jetzt seien unverhältnismäßig viel Angehörige fremder Staaten beschäftigt. Die Verringerung der Verhältnisse, die seit dem Umsturz vor 12 Jahren eingetreten sind, werde nicht berücksichtigt. Er tritt eben dafür ein, daß nur tschechoslowakische Staatsbürger beschäftigt werden dürfen. Nun kommt es natürlich darauf an, was Herr Brejcha und sein Anhang unter dem Begriff „tschechoslowakische Staatsbürger“ versteht. Herr Präsident Dr. Preiß, der darauf nur tschechisch antwortete, erklärte hierzu ja auch, daß die Verhältnisse sich in dieser Richtung schon „gebessert“ hätten und daß man auch weiterhin trachten werde, einen Ausgleich zu schaffen und freiverdende Stellen nur mit tschechoslowakischen Staatsbürgern besetzen werde.

Der Geschäftsbericht gibt folgendermaßen Aufschluß:  
Bruttoertrag 96 (i. V. 95) Millionen, Abschreibungen 43.4 (42.8) Mill. K.

Der Auffiger chemische Verein weist für 1930 einen etwas erhöhten Bruttoertrag von 96,2 (i. V. 94,86) Mill. K. aus. Gehalte haben rund 6 Mill. K. mehr erfordert (29,36 gegen 23,17 Mill. K. i. V.). Generalunkosten blieben mit 3,87 (3,71) Mill. K. wenig verändert, Zinsen haben sich auf 2,44 (2,22) mäßig erhöht, während die Steuerlast auf 2,19 (3,73) Mill. K. zurückgegangen ist. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, daß Steuern für die Angestellten nunmehr auf Gehaltelkonto gebucht werden. Nach erhöhten Abschreibungen von 43,42 (42,83) Mill. K. wird ein Ende von wieder 20 Prozent = 40 K im gegen 15,745.373 K im Vorjahre. Aus dem um den Vorjahr auf 14,957.567 (17,116.849) K erhöhten Gewinn wurde die angekündigte Dividende von wieder 20 Prozent = 40 K im Aufwand von 10 Mill. K. beschlossen. Dem Reservefonds werden 655.231 K (787.209) Kronen, Wohlfahrtszwecken 2 (4) Mill. K. und



der Erwerbsteuerreserve 0,7 Mill. K. zugewiesen, an Tantieme 651.152 (676.648) K ausbezahlt und 941.184 (1.652.982) K vorgetragen.

Die vorliegende Krisenbilanz ist ein Musterbeispiel, wie schlecht es jetzt den Chemiekapitalisten geht. Als Reingewinn werden 13.304.631 K ausgewiesen und hievon 10 Millionen K in Form einer

20prozentigen Dividende an die Aktionäre ausgeworfen. Die Dividende ist in den Nachkriegsjahren immer in dieser Höhe ausbezahlt worden, also auch heuer gleich geblieben. Das ist natürlich in Anbetracht der Umstände allerhand. Das Aktienkapital beträgt 50 Millionen K und es bekommen also die Aktionäre jedes Jahr dafür 20 Prozent, das sind 10 Millionen ausbezahlt. Diese horrenden Gewinne müssen natürlich jedes Jahr herinkommen und die Arbeiter werden nun wissen, warum das letzte aus ihnen herausgeholt wird: für fremde Ruznicker, die alle Jahre einmal herkommen, um den Bericht über das Ergebnis und die Dividenden und Tantiemen entgegen zu nehmen. Mit einem Hoch auf die Rationalisierung und die Tüchtigkeit der technischen Leitung, denn auf diese bauen sich jetzt alle Hoffnungen auf, werden sich die Herren für ein Jahr getrennt haben. Die Arbeiter aber stehen weiter im Joche und können glücklich sein, noch für das große Unternehmen arbeiten zu dürfen.

Außer zur Befriedigung der Aktionäre wurde der Reingewinn noch für Dotierungen verwendet. Es erhält der Reservefonds 655.231 Kronen, die Steuerreserve 700.000 K. Die Verwaltungsräte erhalten, wie schon erwähnt, 651.152 K und für Wohlfahrtszwecken wurden 2 Millionen K deponiert. Der Rest von 941.184 K wird auf neue Rechnung vorgetragen. Von Interesse für die Arbeiter wäre zu wissen, wie die alljährlich für Wohlfahrtszwecke ausgeworfenen hohen Summen verwendet werden. Die fargen Arbeiterpensionen können diese Beträge unmöglich aufbrauchen. Sonst sieht und hört man ja nichts. Man sieht nur, daß aus dem Beamtenpensionsfonds in Auffig ein prächtiges Gebäude nach dem anderen erbaut wurde. Wir kritisieren nicht, wenn die Beamten Vorsorge treffen, daß ihre Fonds sehr groß sind und in sicherer Weise angelegt sind. Wir erinnern uns nur mit Bitterkeit daran, daß der ehemalige Arbeiterpensionsfonds so elend krepieren mußte und daß gerade die alten chemischen Arbeiter, die mit ihrem Fleisch und Knochen die Millionen für das Unternehmen hervorgebracht haben, mit ein paar Kronen selbstgezahlter Beiträge von dannen ziehen mußten und die heutigen „Pensionisten“ nur auf freiwillige Zuwendungen angewiesen sind.

Die chemischen Arbeiter der Gegenwart spüren nicht nur keine Wohlfahrt, sondern den modernen Bank- und Produktionskapitalismus in der schonungslosten Weise. Für sie gibt es nur eine Parole, die eine Sicherung für bessere Zeiten gibt. Eine starke Betriebsorganisation, den restlosen Ausbau des Fabrikarbeiterverbandes in den chemischen Betrieben.

## Was der Tag bringt.

Erzählt von Horst.

Der Archimedes von Stroppen. Durch Schließens winziges Stübchen Stroppen fuhr dieser Tage ein Automobilist. Er hielt Rast und verlangte im Wälschhaus eine Anstichpostkarte. Er bekam sie; sie stellte den Marktplatz dar, und darunter stand: „Stroppen, Mittelpunkt der Welt.“

Der Reisende, dem die Tatsache, daß er sich augenblicklich im Mittelpunkt der Welt befand, noch nicht recht einleuchtete, erkundigte sich nach der sogenannten wissenschaftlichen Grundlage des Phänomens. Und man erzählte ihm die herrliche, gleichnamige Geschichte vom Apotheker von Stroppen.

Dieser Apotheker lebte in Stroppen um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts. Er lebte lange dort, er braute seine Tranklein und milchige sein Söblein und drehte seine Pillulein; aber als er eines warmen Mittags über den Marktplatz schritt, kam seine große Stunde. Nämlich der Herr Apotheker verlor seinen Zylinder, vielleicht durch ein Windstößen, vielleicht beim bebenden Gruß vor dem Herrn Bürgermeister — jedenfalls rollte der Zylinder ein Stück über den Platz und blieb dann mitten in der schönen Mittagsstunde stehen. Stehen, wirklich stehen, nicht etwa liegen; nur aus dieser Tatsache erklärt es sich, daß der Herr Apotheker, der eben noch eiligen Schrittes dem Entflohenen nachgeeilt war, plötzlich vor ihm wie angewurzelt auch stehen zu sehen blieb und mit verdummt Gesicht auf seine Kopfbedeckung hinunterstarrte, ohne sie aufzuheben. Der Zylinder nämlich, das war es, was der Herr Apotheker sah — der Zylinder warf seinen Schatten!

Der maklos Ueberraschte rief sich die Kugeln, er bestie mit feierlichen Schritten rings um den Zylinder herum, aber es blieb dabei nirgends ein

Schatten! Er lief in seine Apotheke, holte ein Stück Kreide, zog einen Kreis rings um des Zylinders tabellösen Rand, nahm dann den Hut sorgfältig auf und trug ihn fünfzig Meter weiter, auf die andere Seite des Platzes. Und siehe, hier warf der Zylinder wieder seinen Schatten, einen feinen, kurzen zwar nur, denn es war ja Mittagszeit — aber er warf ihn doch, so gut wie der Herr Apotheker seinen Schatten warf und die Häuser um den Platz und alle Gegenstände, die der Erstausgabe in allen ihm bekannten Gegenden Schließens je gesehen hatte, ihren Schatten geworfen hatten! Er trug den Gegenstand des erstaunlichen Experimentes wieder zurück und stellte ihn in den Kreis von Kreide — und siehe, der Schatten war weg!

Da dachte der wackere Apotheker lange nach; er rang mit gefalteter Stirn und gehobenerm Zeigefinger um die Lösung des Rätsels. Und dann rief er sein „Gentle, ich hab's gefunden“, rief es als ein zweites Archimedes, als ein Archimedes von Stroppen, rief es und argumentierte also: „Da mein Zylinder inmitten des Marktplatzes von Stroppen mittags um zwölf Uhr keinen Schatten wirft, so muß die Sonne genau senkrecht über ihm stehen; wenn aber die Sonne genau senkrecht über mir steht, so steht ich im lange gesuchten Mittelpunkt der Welt, so bildet der Marktplatz von Stroppen den Mittelpunkt der Welt!“

Also sprach der Archimedes von Stroppen und verfaunete nicht, es seinen Mitbürgern zu erzählen, und die Mitbürger freuten sich und feierten die Entdeckung, die ihrer Stadt eine große Zukunft verhieß, laut und lange.

Als ließ der Automobilist des Jahres neunzehnhundertunddreißig sich berücken, und er lachte überlegen; denn es war ihm natürlich klar, daß der Marktplatz von Stroppen zufällig eine Steigung von Süd nach Nord besitze, welche den Steigungswinkel der Sonnenstrahlen ausgleicht. Aber er hätte vielleicht lieber in weiser Selbstkenntnis lächeln

lassen; denn es gibt noch heute viele Stroppener, die über alle Dinge und Geschehnisse der Welt so urteilen, als läge Stroppen im Mittelpunkt der Welt; wirklich, unendlich viele Stroppener urteilen so, und sie wohnen durchaus nicht alle in Stroppen.

Jahrlitz in USA. In einem Dorf umweit von Oklahoma in USA. wohnt Mister Cromwell; Bauer unter Bauern; Gleicher unter Gleichen; und doch etwas mehr als die anderen: weil er nämlich, als einziger im Dorfe, eine Drechsmaschine besitzt. Diese Drechsmaschine dreht, unter Jim Cromwells technischer Leitung, das Korn des ganzen Dorfes; gegen entsprechende Entschädigung natürlich.

Jim Cromwell also hat eine gewisse Macht im Dorf. Er benutzt sie zu gewissen Geschäften. Wenn nämlich die Ernte heran und vorbei ist und das Getreide gedroschen werden muß; dann pflegt Jim Cromwell die Bauern zu erpressen. Wer das meiste zahl, dem wird zuerst gedroschen. Ein für Cromwell recht förderliches Prinzip. Von Jahr zu Jahr erhöht er die Drechsummen.

Von Jahr zu Jahr aber steigt auch die geheime Wut der Bauern. Und im letzten Jahr haben sie ihn angezeigt. Der Richter von Oklahoma fand, daß Jim Cromwells Vorgehen ganz besonders niederträchtig sei. Und weil Jim wohl aus früheren Jahren einiges auf dem Korbholz hatte, brachte er es auf zwölf Jahre Gefängnis. Die Bauern freuten sich, und Jim Cromwell sah.

Deuer aber ist etwas Merkwürdiges geschehen. Bei dem hohen Gerichtshof von Oklahoma lief ein Revers der beteiligten Bauern ein. Darin wurde gebeten, Jim Cromwell — freizulassen; wenigstens für einige Zeit. Nämlich er sei der einzige weilt und dreht, der eine Drechsmaschine besitze. Die Ernte siehe gut; wie aber solle man sie dreschen ohne Mr. Cromwell?

Und siehe: der hohe Gerichtshof ist einseitig. Er beurlaubt Jim Cromwell für sieben Monate; genau so lange, wie er braucht, um das Korn der

Rachbarn zu dreschen. Danach hat er sich wieder in seiner Zelle einzufinden.

So geschieht es; und so hat jeder das seine. Der Gerechtigkeits ist Genüge getan, die Bauern bekommen ihr Getreide billig und ganz ohne Erpressungen gedroschen; und Jim Cromwell hat sowohl seine Strafe weg als auch seinen Urlaub...

Auch die Weisheit des Richters Goodman verdient hier festgehalten zu werden.

Der Fall war weit weniger schwer. Drei sonst recht brave Männer hatten des verbotenen Mooschins-Schnapses zu viel getan. Als sie frühlich lärmend die nächtlichen Straßen durchschweiften, hielt ein neidischer Policeman sie auf. Die Drei erwiderten für den Pflüchtereier des Beamten so wenig Sinn, daß sie Faustschläge für zweckentsprechende Gegenargumente hielten. Delikt: fälscher Widerstand gegen die Amtsgewalt; Sühne: fünfzehn Tage Gefängnis.

Aber der brave Richter Goodman hatte in der Verhandlung auch festgelegt, daß jeder der drei Bösewichte eine Familie hatte; eine Familie und eine Stellung. Daß jeder diese Stellung durch die halbmonatige Unterbrechung verlieren würde. Daß also drei Familien der Not ausgefetzt wurden, wenn das Urteil vollstreckt würde.

Da verwandelte Richter Goodman die fünfzehn Tage Gefängnis in dreißig Nächte Gast. Wohlfahrtsstunden: dreißig Nächte! Wenn ihr Tagewerk vollbracht war, mußten sich die Drei im Gefängnis melden, und sie verdrängten ihre Nächte in der Zelle; und am anderen Morgen begaben sie sich aus der Zelle in ihre Werkstätten und Büros. Sie verließen ihre Stellungen nicht, ihre Familien gelieten nicht in Not, und beide hatten auch hier, was ihnen gehörte, der Staat und der Mensch; der Staat seine Gerechtigkeit, und der Mensch seine Barnberzheit.

Dies war die Weisheit des braven Richters Goodman.

